

RAINER SCHULTZ

KUBA: WINDS OF CHANGE NACH DEM PARTEITAG?

Beim VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) im April 2011 offenbarte sich der Wunsch nach substantiellen Veränderungen am sozialistischen System der Insel. Erklärtes Ziel der Regierung ist dabei die «Aktualisierung des Wirtschaftsmodells», die zu einer «Verbesserung des Sozialismus» führen soll. Der Parteitag ist der Versuch, aus einer problematischen Situation eine kohärente politische Linie zu entwickeln, die von der Bevölkerung mit getragen und gestaltet wird. Staat und Partei ziehen sich langsam und vorsichtig aus der direkten Administration der nicht-zentralen Wirtschaftsbereiche zurück, Marktmechanismen, Rechtsstaatlichkeit und Effizienz werden langsam ausgebaut. Die fünf Jahrzehnte dauernde Ära Fidel Castros ist durch den Parteitag nun formal und symbolisch beendet. Das fast ebenso lange währende Embargo der USA dauert hingegen an, der «Gemeinsame Standpunkt» der Europäischen Union gegenüber Kuba ist auch noch gültig. Die Veränderungen erfordern ebenso einen neuen Kurs der Regierung Raúl Castros als auch der US-amerikanischen und europäischen Regierungen.

EINE NEUE POLITISCHE KULTUR?

Die formale Grundlage der auf dem Parteitag verabschiedeten Leitlinien sind die Diskussionen und Änderungsanträge der von ursprünglich 291 nun auf 313 erweiterten *lineamientos* (Leitlinien, fortan: Lin.), die im Laufe einer dreimonatigen Debatte entstanden. Diese wurden von einer Kommission zusammengetragen und basierten wiederum auf zuvor informell und weniger systematisch geführten Konsultationen. Von Anfang Dezember 2010 bis Ende Februar 2011 wurden diese Leitlinien dann, so die offiziellen Zahlen, in 163.000 Versammlungen mit insgesamt fast neun Millionen Beteiligten diskutiert. Im Ergebnis wurden zwei Drittel der Texte umformuliert, die wiederum zunächst dem Politbüro, dem Ministerrat und Vertretern der Massenorganisationen vorgelegt und erneut abgeändert wurden, bevor sie auf dem Parteitag dann von verschiedenen thematischen Kommissionen behandelt wurden.

Die Gültigkeit dieses Prozesses wird allerdings auch von linken Akteuren in Frage gestellt: Der ehemalige Diplomat Pedro Campos beispielsweise weist darauf hin, dass die Leitlinien in ihrer Grundausrichtung bereits vom Ministerrat akzeptiert worden waren und Teil eines internen Fünf-Jahresplans seien. Zudem sei der Prozess nicht horizontal und die Diskussionen nicht grundsätzlich und ergebnisoffen gewesen. Sie seien vielmehr von der Partei mit der Absicht initiiert worden, die Leitlinien bekannt zu machen und zu modifizieren (*Havana Times*, 7.11.2011).

Raúl Castro selbst forderte in seiner Parteitagsrede dazu auf, mehr Transparenz zu schaffen, den Bürgern und Medien mehr Informationen zukommen zu lassen und von einer falschen «Einstimmigkeit» abzukommen.

NICHTSTAATLICHE AKTEURE

Ein neuer wichtiger Akteur auf der gesellschaftlichen und politischen Bühne ist die Kirche. Sie hat in Zusammenarbeit mit der spanischen Regierung für die Freilassung aller 75 Gefangenen gesorgt, deren Inhaftierung 2003 zu den Sanktionen der EU geführt hatten. Gibt es nach Angaben der oppositionellen «kubanischen Menschenrechtsorganisation» insgesamt noch 52 politische Gefangene auf der Insel, darunter einige, die in terroristische Aktionen verwickelt waren. Raúl Castro hat den von seinem Bruder begonnen Kurs der Wiederannäherung mit der katholischen Kirche auf eine neue qualitative Stufe gehoben. Der Dialog mit der Kirche diene «der Einheit der Nation». Fidel Castros Aussage von 1977: «Es gibt keine Widersprüche zwischen den Anliegen der Religion und denen des Sozialismus», wird zur Legitimation dieser Annäherung zitiert. In seiner Parteitagsrede widmete Raúl Castro dem Dialog mit der Kirche eine von sieben Seiten und zeigt damit, dass die Regierung durchaus bereit ist, mit einflussreichen internationalen Akteuren zu verhandeln, solange sie keine systemverändernden Forderungen stellen. Opposition außerhalb der Parteistrukturen ist weiterhin marginalisiert, es gibt keine legalen Parteien jenseits der PCC.

Viele politische Dissidenten haben das Exil gewählt. Die regierungskritischen Blogger werden im Ausland stärker wahrgenommen als im Landesinneren, was auch, aber nicht nur, mit dem beschränkten und teuren Internetzugang zu tun hat. Bisher ist es keiner oppositionellen Kraft gelungen sich mit den alternativen Jugendkulturen oder den sozial marginalisierten Teilen der Bevölkerung auf organische Weise zu verbinden.

DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Bemerkenswert ist, dass der VI. Parteitag anders als die Vorgängerparteitage keine Analyse der internationalen Rahmenbedingungen vornimmt. Zwar war der Kongress explizit der kubanischen Wirtschaft gewidmet und einzelne Abschnitte der Leitlinien beziehen sich auf die regionale Integration oder Auslandsinvestitionen, dass aber keinerlei analytische Einschätzung vorgenommen wird, auf die sich die Leitlinien beziehen könnten, ist ungewöhnlich.

USA: Zweiteilung der Außenpolitik

Auch wenn die amerikanische Außenpolitik sich seit dem Amtsantritt von Präsident Obama symbolisch und diskursiv veränderte, steht sie doch substanziell in der Kontinuität der Politik seiner Amtsvorgänger. Zwar avancierten die USA unter George W. Bush zum größten Lebensmittelexporteur für die Insel und punktuelle Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Grenzkontrolle, Wetterdienste u. a. findet seit den 1990er Jahren wieder verstärkt statt. Doch führen die USA nach wie vor keine normalen Handels- oder politische Beziehungen mit ihrem kleinen Nachbarn: jeglicher Austausch basiert auf präsidialen Ausnahmeregelungen, die jederzeit zurückgenommen werden können. Das Helms-Burton Gesetz von 1996, das die Embargo-Regelungen kodifizierte und sie durch ihre internationalen Bestimmungen de facto zu einer (wenn auch löchrigen) Blockade erweiterte, erschwert und verteuert den Zugriff des kubanischen Staates auf internationale Kredite. Immer wieder werden internationale Unternehmen für Transaktionen mit Kuba bestraft, der Handel mit den USA muss in Bar und im Voraus bezahlt werden. Wiederholte Gesprächsangebote von Raúl Castro seit seinem Amtsantritt wurden bisher nicht angenommen. Stattdessen gewährte Präsident Obama der oppositionellen Bloggerin Yoani Sánchez ein E-Mail-Interview (*Huffington Post*, 19.11.2009). Sämtliche Gesetzesinitiativen, um das nach Ansicht vieler Beobachter verfassungswidrige Reiseverbot für US-amerikanische Staatsbürger zu beenden, kamen bisher nicht über die Ebene der US-Parlaments-Ausschüsse hinaus. Zwar wurden die von Präsident George W. Bush erlassenen weiteren Einschränkungen für Besuche von Familienangehörigen sowie Einschränkungen in den Bereichen Kultur und Wissenschaft unter Barack Obama wieder rückgängig gemacht, doch sind diese Maßnahmen immer noch weit von einer allgemeinen Reise- und Handelsfreiheit entfernt. Experten rechnen beim Wegfall des Embargos mit einer Verdopplung der Touristenzahlen in Kuba. Eine solche Entwicklung bereitet der Geschäftswelt in Florida Sorgen. Aus Sicht exilkubanischer Hardliner, wie der neuen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Ileana Ros-Lehtinen, würden die daraus zu erwartenden Einkünfte lediglich das kommunistische Regime konsolidieren.

Insofern ist eine baldige Änderung der amerikanischen Politik nicht absehbar, obwohl seit längerem eine Zwei-

Drittel Mehrheit der US-Bevölkerung und 44 Prozent der Cuban-Americans ein Ende des Embargos und Herstellung normaler Beziehungen favorisieren würden (*CNN Politics*, 10.4.2009; FIU 2007). Der kubanische US-Experte und Politologe der Universität von Havanna, Esteban Morales, spricht von einer Zweiteilung der Blockadepolitik der US-Regierung. Auf der einen Seite steht die Fortführung von repressiven und destabilisierenden Maßnahmen. Auf der anderen Seite verfolgt die US-Regierung eine selektive Förderung der Zivilgesellschaft durch Lockerung der Reise- und Überweisungsbeschränkungen sowie der Bereitstellung von Geldern, Informationen und Technologie an den staatlichen Behörden vorbei (Morales 2010). Bei einem Nachbarn mit fast 1000-facher Wirtschaftskraft können natürlich auch kleine Summen entscheidenden Einfluss ausüben. Zu den von Obama verabschiedeten Änderungen zählt auch die Förderung der Kommunikationstechnologie. Die Regierungsorganisation USAID investiert etwa 20 Millionen US-Dollar jährlich in «Maßnahmen zur Demokratisierung» in Kuba. Die Entscheidung der US-Regierung, im Januar 2011 die Obergrenze der Auslandsüberweisungen auf 2000 US-Dollar pro Person und Jahr zu erhöhen, wurde explizit damit begründet «privatwirtschaftliche Aktivitäten zu fördern» und damit die «Unabhängigkeit von der Regierung zu erweitern» (*White House Press Release*, 14.1.2011). Teile davon fließen in die neue private Landwirtschaft.

Die Europäische Union

Die Beziehungen der EU zu Kuba sind uneinheitlich und schwankend: Da nach der Revolution fast alle europäischen Firmen für Enteignungen entschädigt wurden und kein gewichtiges politisches Exil entstanden ist, beruht die Haltung im wesentlichen auf politischen Differenzen, vor allem einer Kritik an den politischen Freiheitsrechten auf der Insel. Der «Gemeinsame Standpunkt» der EU von 1996, der regelmäßig bekräftigt wird, hat die Entwicklung des politischen Systems hin zu einer «pluralistischen Demokratie» und dem «Respekt der Menschenrechte» zum Ziel. Volle Kooperation ist von der Erfüllung der von der EU aufgestellten Kriterien abhängig (Buck 2011: 15). Die Sanktionen der EU, die 2003 nach der Verhaftung von 75 Dissidenten erlassen worden waren, wurden bereits 2005 suspendiert und nach dem formalen Regierungsantritt Raúl Castros 2008 aufgehoben. Die EU ist noch Kubas größter Handelspartner, entsendet etwa die Hälfte der Investitionen und Touristen auf die Insel und empfängt etwa ein Drittel der Exporte, obwohl Indien, Russland, vor allem aber China und Brasilien stark aufholen.

Die Kontakte und die Aufhebung von Sanktionen seitens der EU deuten im Unterschied auf die Embargo-Politik der US-Regierung auf die Absicht hin, einen aktiveren und direkten Einfluss auf die politische Entwicklung in Kuba nehmen zu wollen. Vor allem durch den Ausbau der Privatinitiative und die «Entpolitisierung» der Ökonomie insgesamt könnten neue wirtschaftspolitische Akteure heranwachsen, die die internen Kräfteverhältnisse verändern und die zu einer anderen Form der Zusammenarbeit als die kommunistisch geprägte Elite der historischen Führung bereit sind. Nach ihrem Rückzug und dem Schwinden der damit verbundenen Autorität, könnten unter den Nachfolgern auch Differenzen und Fraktionskämpfe sichtbar werden, auf die von Außen leichter Einfluss zu nehmen wäre.

Lateinamerika

In Lateinamerika haben sich die internationalen Beziehungen für die Insel positiv entwickelt: Kuba ist Mitglied aller wichtigen regionalen Organisationen mit Ausnahme der OAS und ist in vielen internationalen Gremien eine respektierte Stimme. Die Außenpolitik der Insel, die seit 1990 rein zivilen Charakter hat, bringt großes Prestige. Nicht zuletzt die Ausbildung von über fünftausend Medizinern in Kuba seit 1999, die Entsendung von fast tausend Ärzten zur Cholera-Bekämpfung in die ländlichen Gebiete Haitis nach dem Erdbeben und die flächendeckenden Bildungs- und Gesundheitsmissionen in vielen Ländern des Kontinents und der Welt, die Millionen Menschen den ersten Kontakt zu ärztlicher Versorgung und grundlegender Bildung ermöglichten, prägen bei vielen Menschen die Sicht auf Kuba als ein humanistisches und solidarisches Land. Wie Nelson Mandela einst feststellte: «Die kubanischen Internationalisten sind eine Inspiration aller gerechtigkeitsliebenden Menschen.» Dabei sollte nicht verschwiegen werden, dass der «Internationalismus des 21. Jahrhunderts» natürlich auch eine materielle Grundlage besitzt. Es war vor allem die seit 1999 intensivierte Zusammenarbeit mit Venezuela, die diese neue Form der Süd-Süd-Kooperation ermöglichte und die 2004 zur Gründung der ALBA-Regionalorganisation führte. Die Erlöse des Exports von Dienstleistungen sind seit 2004 zur Haupteinnahmequelle des Staates avanciert, allerdings sind ihre Wachstumsraten seit zwei Jahren rückläufig und die *spill-over* Effekte in die kubanische Ökonomie sind sehr gering (Everleny 2011: 12–13).

POLITISCHE REFORMEN

Die seit dem Regierungsantritt Raúl Castros (2006/08) eingeleiteten Reformen sind Ausdruck eines umfassenden Umbaus, der in einer teils widersprüchlichen Dynamik zwischen Kontinuitäten und Brüchen operiert. Während die Spitzenämter von Regierung und Staat sowie das Politbüro als letzte Instanz im Wesentlichen noch von der historischen Führung besetzt werden, gibt es unterhalb dieser Ebene viel Bewegung. Vier der zuvor 32 Ministerien fielen weg; bereits 2008/2009 wechselte Raúl Castro den exekutiven Ministerrat bis auf eine Person komplett aus. Das Politbüro wurde auf dem VI. Parteitag von 24 auf 15 Mitglieder reduziert, allerdings gab es nur drei Neuzugänge. Im 115-köpfigen Zentralkomitee sind jetzt auch 48 Frauen vertreten, 59 Personen wurden nicht wiedergewählt. Neben vielen Ministern und Provinzsekretären der Partei sind dort auch Repräsentanten der Gewerkschaftssektoren, der Kultur und einzelner wichtiger Wirtschaftsbereiche wie dem Telefonunternehmen Etecsa oder dem Kleinbauernverband ANAP vertreten.

Dezentralisierung, Professionalisierung und Trennung von Partei und Regierung waren zentrale Themen des Parteitags. «Die Partei hat viel zu oft Aufgaben übernommen, die ihr nicht zustehen», so Raúl Castro. Die Kraft der Partei sei vor allem moralisch, sie «verfügt nicht über einen Zwangsapparat», sondern müsse im Dialog mit der Bevölkerung überzeugen. Eine Regierungs- oder Verwaltungsposition zu übernehmen dürfe nicht länger an die Frage der Parteimitgliedschaft gebunden werden, sondern nur an fachliche Eignung und Erfahrungen mit der Basisarbeit. Viel zu oft und lange habe es «Simulationen, Opportunismus» und eine Aufblähung des Parteiparats gegeben. Deshalb sei eine eigene Parteikonferenz notwendig, durch die diese Fehler korrigiert und der

Apparat verkleinert werden könnte. Diese ist für Ende Januar 2012 vorgesehen. Die regionalen Vorbereitungskonferenzen sind bereits angelaufen. «Oberflächlichkeit», «Formalismus», «sinnentleerte Traditionen», «Dogmen und Parolen» sowie ein wahrer Sitzungskult habe die Partei von der Bevölkerung und ihren Problemen entfernt, denen es sich wieder anzunähern und zuzuhören gelte.

Auf der staatlichen Ebene komme es darauf an, sich wieder an Vorschriften und Vereinbarungen zu halten, Beschlüsse ernst zu nehmen und umzusetzen und Verantwortungen von oben nach unten zurückzugeben, um damit die «Trägheit» zu beenden. Seit zwei Jahren würde mit neuen Verwaltungsprojekten experimentiert, vor allem in den neugeschaffenen Provinzen Artemisa und Mayabeque bei Havanna. Bezirksregierungen sollten eine stärkere Autonomie und mehr Finanzmittel durch Veränderungen im Steuersystem erhalten. Höhe und genaue Regulation wurden auf dem Parteitag diskutiert, es konnte aber noch keine Einigung erzielt werden.

So wie eben auf dem Parteitag Leitlinien verabschiedet wurden. Leitlinien besitzen keinerlei gesetzliche oder rechtliche Bindung. Sie müssen im Verlauf der nächsten Monate in den Parlamentsausschüssen zu Gesetzen ausgearbeitet und dann mit Resolutionen der betreffenden Ministerien konkret umgesetzt werden. In den wenigen Berichten aus der Arbeit der Kommissionen des Parteitags wurde ersichtlich, dass gerade das Thema der regional unterschiedlichen Steuern und der zentralstaatlich zugeteilten Finanzen Gegenstand großer Kontroversen und unterschiedlicher Interessen ist.

WIRTSCHAFTLICHE REFORMEN

Während die nach dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus begonnene «Spezialperiode» noch durch Improvisation gekennzeichnet war und die Reformen wegen ihrer vorhersehbaren Begleiterscheinungen von wachsender Ungleichheit, Korruption, Prostitution etc. als vorübergehende Maßnahmen teilweise wieder zurückgenommen wurden, wird nun an einem langfristigen und nachhaltigen Modell gearbeitet. Im Vordergrund der wirtschaftlichen Reformen stehen vor allem zwei Aspekte. Einerseits ist es die «Verschlankung» und Modernisierung der staatlichen Betriebe, wozu eine dringend notwendige Produktivitätssteigerung gehört. Zu diesem Zwecke werden diverse kapitalistische Instrumente aktiviert, die bis dahin, wenn überhaupt, nur sehr begrenzt zum Einsatz kamen: materielle Anreize, stärkere Lohndifferenzierung, mehr Autonomie der Betriebsbudgets, die Möglichkeit, Gewinne für Kapitalrücklagen und eigene Investitionen zurückzubehalten, eine Reduktion der staatlichen Subventionen inklusive der Insolvenz bei wiederholtem Verfehlen der Geschäftsziele. «Überflüssige» oder unterbeschäftigte Arbeiter sollen in anderen Bereichen tätig werden – entweder in alternativen staatlichen Projekten oder im nun ausgedehnten Privatbereich, der die zweite Säule der Reformen darstellt.

Im Verlauf des derzeitigen Fünf-Jahresplans (2011–15) wird dies nach offiziellen Angaben etwa 1,3 Millionen Kubaner (knapp ein Viertel der staatlich Beschäftigten) betreffen. Ob dieses Ziel jedoch erreicht wird, ist fraglich. Seit Januar 2011 haben fünf Ministerien (u. a. Zucker, Tourismus, Gesundheit) damit begonnen, 146.000 Entlassungen einzuleiten, weitere 351.000 öffentliche Angestellte sollen ihren Arbeitsplatz wechseln (El País, 4.1.2011). Die angekündigten 500.000

Entlassungen und Umbesetzungen bis März 2011 wurden bisher aber nur zu einem kleinen Teil umgesetzt. Aus Gewerkschaftsversammlungen wurde bekannt, dass der große Umstrukturierungsprozess des Arbeitsmarktes unter anderem dadurch verlangsamt wurde, dass viele Entscheidungsträger nicht ausreichend vorbereitet waren und es diverse Verfahrensfehler gab, die wiederum zu Beschwerden und Überprüfungen führten (Bohemia, 21.2.2011). Diese Berichte zeugen zugleich davon, dass die kubanischen Gewerkschaften – entgegen vorherrschenden Meinungen – nicht nur als «Transmissionsriemen» funktionieren, sondern durchaus auch Interessenvertretungen und Ort ernsthafter Konflikte und Verhandlungen sein können. Gewerkschaftsvertreter berichten privat von ernsten und «harten» Diskussionen.

Bereits im September 2010 hatte das Arbeits- und Sozialministerium eine Liste mit 178 Berufen veröffentlicht, die fortan privat ausgeübt werden dürften. Bemerkenswert für die Reproduktion von Ungleichheiten ist, dass in dieser zumeist lukrativeren Arbeit auf eigene Rechnung von den zu jenem Zeitpunkt registrierten 150.000 Personen nur jede Fünfte eine Frau war (ONE 2010). Etwa die Hälfte der 220.000 seitdem neu vergebenen Arbeitsgenehmigungen beziehen sich auf Transportwesen, Lebensmittelverarbeitung und -verkauf sowie Vermietung von Wohnräumen sowie erstmals auch Arbeits- und Verkaufsräumen (Granma, 21.5.2011). Eine progressive Lohn- und Einkommenssteuer sowie die Sozialversicherungspflicht (25 Prozent des Monatseinkommens) sollen nach Ansicht der Regierung einen sozial verträglichen Arbeitsmarkt sichern. Dagegen werden die sehr hohen Steuersätze – variierend nach Standort des Geschäfts, Größe, Zahl der Angestellten (25–50 Prozent auf Gewinne, zehn Prozent Umsatzsteuer und 25 Prozent Arbeitgebersteuer), die darüber hinaus teilweise im Voraus zu zahlen sind, oft als geschäftshemmend und Ungleichheiten reproduzierend gewertet, da meist nur ökonomisch Bessergestellte sich diesem Risiko aussetzen werden. Eine Generalüberholung des 1994 reformierten Steuersystems wurde allerdings jüngst von der Steuerbehörde in Aussicht gestellt.

Ein weiteres Novum, das an der Substanz des Sozialismusmodells kratzt, ist die Wiedereinführung privater Lohnarbeit. Leitlinie (Lin.) 297 regt zudem die Flexibilisierung des Eigentumstransfers im Immobilienbereich an. Während bisher Häuser und Wohnungen offiziell nur getauscht werden konnten, sollen sie künftig auch mit entsprechender Besteuerung offiziell veräußert werden können. Genaue Regulationen sind aber auch hier nicht bekannt, beispielsweise ob sich daran auch Ausländer beteiligen können und wie die Obergrenze des erlaubten Besitzes definiert wird, denn Lin. 3 legt klar fest, dass «die Konzentration von Eigentum nicht erlaubt» wird.

Schließlich wurde aus den Debatten des Leitlinienentwurfs in der Bevölkerung auch das Thema der Reisefreiheit aufgegriffen. Es wird in dem Abschnitt der Tourismusentwicklung erwähnt und liest sich so: «Die Möglichkeit prüfen, den Inlandskubanern Auslandsreisen als Touristen zu erleichtern.» Die vergleichsweise gute Ausbildung bei geringen Reallöhnen war in der Vergangenheit für hochqualifizierte Kubaner auch immer wieder Anlass, Auslandsreisen zur Ausreise zu nutzen. Ähnlich wie bei der Genehmigung von Handys, Elektrogeräten und Hotelaufenthalten für zahlungskräftige Kubaner im Jahr 2008 deutet auch diese Überlegung auf

einen Richtungswechsel von Fidel zu Raúl Castro hin. Während die «fidelistische» Linie darin bestand, durch Verbote die wachsende Ungleichheit zumindest in ihrer Sichtbarkeit zu begrenzen, so dass kein Kubaner opulente Statussymbole akkumulieren konnte, überwiegt bei seinem Bruder der Pragmatismus: eine Anerkennung der existierenden Ungleichheit und Besteuerung der neuen Mittelschicht in ihren neuen Konsummustern.

SOZIALE UNGLEICHHEIT

Durch die Legalisierung von Auslandsüberweisungen, der Doppelwährung, dem Privat- und Tourismussektor hat sich die Einkommensungleichheit in Kuba seit 1990 auf 0.36 im Gini-Index verdoppelt, bleibt aber nach wie vor die geringste des Kontinents. Diese Ungleichheit ist sowohl geschlechtsspezifisch als auch ethnisch codiert. So erhalten «Weiße» durchschnittlich 2.5 Mal soviel Geld aus dem Ausland wie «Schwarze» (Espina 2010: 169), «weiße» Männer sind ebenso überdurchschnittlich stark repräsentiert in der Vermietung von Wohnraum oder in administrativen Jobs, die den Zugang zum Tourismussektor und in Betriebe gewähren, in denen Devisenlöhne gezahlt werden. Eine CEPAL-Studie von 2003, die den Zugang zu beiden Währungen und informellen Märkten durch umfangreiche Befragungen gemessen hat, gibt die urbane Armut in Kuba mit ca. 20 Prozent an (CEPAL 2004: 80–81). Die kubanische Regierung stellt dabei immer noch den höchsten Anteil an Sozialausgaben des Kontinents – 2008 waren es 34,7 Prozent des BIP und 52,6 Prozent des Haushalts. Allerdings sanken im Zuge der Wirtschaftskrise durch den Wegfall des GRW die inflationsbereinigten Realausgaben des Staates von 1989 bis 1998 um 40 Prozent. Das sind die bröckelnde Elemente an den schönen Fassaden, die qualitativen Einbrüche hinter den noch immer eindrucksvollen Sozial- und Gesundheitsstatistiken. Die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Personen hat sich seit 2002 auf mehr als fünf Prozent verdoppelt (Mesa-Lago 2010: 708). Der reale Bezug ist mit 140 Peso unzureichend, um Grundbedürfnisse zu befriedigen. Eine langsame Erhöhung sowohl der Sozialbezüge als auch der Löhne hat bereits begonnen und wird auch weiter gefordert und geplant; sie ist aber auf dem niedrigen Produktivitätsniveau kaum finanzierbar.

Anstatt wie bisher bei der Sozialpolitik von einer homogenen Bedarfsstruktur auszugehen, die unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialer Lage Güter und Dienstleistungen oft kostenfrei zur Verfügung stellte, soll nun stärker nach den individuellen Bedürfnissen verteilt und geholfen werden. Die geplante Abschaffung der seit den 1960er Jahren bestehenden Lebensmittelkarte ist dabei eine symbolische Kehrtwende, die mangels adäquater Alternativsysteme bis heute jedoch aufgeschoben wurde.

Die andere große und in der Bevölkerung viel diskutierte Veränderung ist die Zusammenführung der beiden Währungen, die bereits explizites Regierungsziel ist. Die britische Ökonomin Emily Morris schätzt, dass dies zum Ende des jetzigen Fünf-Jahresplans möglich sein könnte. In dem Maße wie die nationale Produktion durch die jetzigen Reformen gefördert wieder ansteigt und die Nachfrage nach den kubanischen Pesos wächst, wird es möglich sein, den Wechselkurs dem konvertierbaren Peso schrittweise anzugleichen, bis sich ihre reale Kaufkraft in etwa entspricht und die Doppelwährung überflüssig wird (Morris 2011: 32). Es wird geschätzt, dass in

Privathaushalten fast 25 Mrd. Pesos oder 40 Prozent des BIP zirkulieren, die auch wegen fehlenden Vertrauens nicht den Banken und somit dem Staat zur Verfügung stehen (Everleny 2010).

LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG

Kuba importiert nach Angaben der staatlichen Nahrungsmittelimportfirma Alimport derzeit 80 Prozent seiner Lebensmittel (Cubadebate, 15.4.2011). Die zuvor bereits prekäre Situation war zusätzlich durch drei schwere Hurrikans im Jahr 2008 verschärft worden, die Schäden in Höhe von etwa zehn Mrd. US-Dollar verursachten und die Regierung zwangen, 800 Mio. US-Dollar für zusätzliche Importe auszugeben. Das gleichzeitige Steigen der Lebensmittelpreise im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise veranlasste Raúl Castro dazu, die Nahrungssouveränität zu einer Frage der Nationalen Sicherheit zu erklären und Reformen einzuleiten, die diese prekäre Versorgungslage schnellstmöglich verbessern sollten.

Da die staatliche Produktion nur 43 Prozent des Gesamtaufkommens hervorbringt, obwohl sie 75 Prozent der Fläche bearbeitet (Nova 2010), wurde im selben Jahr das Gesetz 259 verabschiedet, das erstmals seit der Landreform von 1959 wieder die Bereitstellung größerer Landflächen auch an Privatpersonen erlaubt: bis zu 40ha bei Erweiterungen vorhandener Bewirtschaftung, 14ha bei Neugründungen (Ley 259). Es handelt sich bei diesem Land vor allem um Flächen, die durch den Abbau der Zuckerindustrie seit 2002 nicht mehr genutzt wurden und die nicht selten von der widerspenstigen Marabú-Pflanze überwuchert sind. Etwa zwei Millionen der insgesamt ca. 6,6 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche lagen brach.

Dem Bereich der «Agroindustrie» wurde mit 37 Leitlinien (von 313) auch der größte Raum der Parteitagebeschlüsse gewidmet. Oberstes Ziel ist es, eine weitgehende Unabhängigkeit vom Nahrungsmittelimport zu erreichen. Dafür sollen verschiedene Produktionsbereiche ausgebaut (Soja, Reis, Mais und Bohnen) bzw. wieder animiert (Zitrus- und Meeresfrüchte) werden. Flexibilisierung der Besitz-, Produktions- und Kommerzialisierungsformen sollen dazu beitragen. Investitionen in ländliche Infrastruktur, Bewässerung und Wiederaufforstung gehören mit zum Programm. Man will neue Regulierungsmechanismen entwickeln, die dem gewachsenen Anteil nicht-staatlicher Produktionsformen Rechnung tragen, die verstärkt dezentralisiert operieren und den Preis mehr an die Qualität der Produkte binden (Lin. 178–82).

Insgesamt sind auch im Landwirtschaftsbereich die Leitlinien Ausdruck des Versuchs, teilweise konträre Ansätze, die aus unterschiedlichen Traditionen stammen, in Einklang zu bringen. So sieht Lin. 186 vor, die «landwirtschaftlichen Pole» so einzurichten, dass sie vor allem die großen Städte, den Export und den Devisenmarkt bedienen können. Andererseits wird auf eine «nachhaltige Landwirtschaft» (187), «Erhalt und Erneuerung der natürlichen Ressourcen» (204), «Erhaltung

des Saatguts» (188), «lokale Versorgung» (207) und «urbane Landwirtschaft» (206) gesetzt, die vor allem junge Leute zum Leben und Arbeiten auf dem Land anregen sollen (197–98). Derzeit arbeiten noch etwa 20 Prozent der Bevölkerung direkt oder indirekt in der Landwirtschaft, die einen ebenso hohen Anteil zum BIP beiträgt (Nova 2010). Die Vergabe von Landtiteln in Kombination mit neuartigen Verkaufsmöglichkeiten soll den materiellen Anreiz dazu liefern. Die Zahl von über einer Million vergebenen Hektar an fast 150.000 Kubaner in weniger als drei Jahren scheint – trotz aller bestehenden bürokratischen Einschränkungen – Ausdruck eines wiedergewonnenen Interesses zu sein.

Der Haken dabei ist allerdings, dass das Land nur zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird (usufructo), ohne dass die Möglichkeit besteht, einen Eigentumstitel erwerben zu können. Für Privatpersonen ist dieses Recht zunächst auf zehn Jahre begrenzt, bei juristischen Personen, also beispielsweise Kooperativen auf 25 Jahre, die jeweils um dieselbe Zeit verlängert werden können. Vermietung, Verkauf etc. sind ausgeschlossen. Nicht näher definiertes «soziales und moralisches Verhalten» ist Teil der Bedingungen. Diese Einschränkungen und Unsicherheiten tragen neben dem fehlenden Geld und fehlenden Geräten mit dazu bei, dass nur wenige der notwendigen Investitionen, beispielsweise in Bewässerungs-, Verarbeitungs-, Kühl- oder Transportsysteme unternommen werden können. Lin. 52 sieht zwar die Ausweitung und Diversifizierung von Staatskrediten auch an Privatpersonen vor, bisher sind hierfür jedoch weder konkrete Regularien noch Fonds bereitgestellt worden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In Kuba hat schon vor einiger Zeit ein Prozess der Reformen begonnen, der sich allerdings mit einer spezifischen Dynamik entwickelt. Schon das Vokabular «Reform» und «Transition» wird gemieden, auch weil man sich der Bevormundung aus Europa und den USA erwehrt. Dadurch kommt es immer wieder zu Selbstblockaden, die inzwischen erkannt und benannt werden, aber deshalb noch längst nicht überwunden sind. Das Verhalten der internationalen Wirtschaftsmächte, aber auch die Fortschritte bei der regionalen Integration werden den weiteren Kurs dieses Projekts mit beeinflussen. Die Ausweitung des Marktes und der Privatinitiative wird unausweichlich neue Dynamiken hervorbringen, die nicht immer vorhersehbar sind. Der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft mindert auch seine Möglichkeiten, Ressourcen zu verteilen und darüber Konsens zu organisieren. Der Umbau im produktiven Bereich geht einher mit Veränderungen in der kulturell-ideologischen Sphäre. Es werden neue Intellektuelle und andere Orientierungsmuster entstehen.

Rainer Schultz ist Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung

LITERATUR

- FIU 2007, Florida International University «Cuba Poll», <http://www2.fiu.edu/~ipor/cuba8/>
- BUCK 2011: Buck, Karl, «Some necessary comments on the relations between Cuba and the EU», in: Hispanorama (132) Mai 2011, p. 12–26.
- CEPAL 2004: Alvarez, E. and J. Máttar (2004). Política social y reformas estructurales : Cuba a principios del siglo XXI. [México, D.F.], Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL).
- ESPINA 2010: Espina Prieto, Rodrigo; Rodríguez Ruiz, Pablo, «Race and Inequality in Cuba Today» in: Socialism and Democracy (Vol. 24, No. 1) March 2010 (Cuban Perspectives on Cuban Socialism)
- EVERLENY 2010: Everlenny Pérez Villanueva, Omar, «Cuba: por dónde va la economía?» in: Temas (9.4.2010) www.temas.cubarte.cult.cu
- EVERLENY 2011: Everlenny Pérez Villanueva, Omar, «La actualización del modelo económico cubano» in: Political Economy of Change in Cuba. Papers presented at the International Symposium Cuba Futures: Past and Present, March 31–April 2, 2011, p. 1–18.
- MESA-LAGO, C. V., PAVEL (2010). «The Impact of the Global Crisis on Cuba's Economy and Social Welfare.» Journal of Latin American Studies 42(4): 689–719.
- MORALES 2010, «Obama es solo el Presidente, ¿Y la política hacia Cuba?» <http://estebanmoralesdominguez.blogspot.com/2010/07/obama-es-solo-el-presidente-y-la.html>
- MORRIS 2011: Morris, Emily, «Forecasting Cuba's Economy: 2, 5 and 20 Years», in: Political Economy of Change in Cuba. Papers presented at the International Symposium Cuba Futures: Past and Present, March 31–April 2, 2011, p. 19–42
- NOVA 2010: Nova, Armando, «El papel estratégico de la agricultura: problemas y medidas» in: Temas (9.4.2010) www.temas.cubarte.cult.cu

STANDPUNKTE INTERNATIONAL 2011

- 01/2011
MARTIN GLASENAPP
Die Grammatik Der Migration: Ressourcenraub und wachsende Mobilität im westlichen Afrika
- 02/2011
BENJAMIN LUIG
Die Spielregeln des Landraubs: Zur politischen Ökonomie des Landgrabblings in Westafrika
- 03/2011
MAGUÉYE KASSÉ
Macht.Politik.Ressourcen. Ein halbes Jahrhundert (un) abhängige Entwicklung in Afrika
- 04/2011
ANNA-MARIA BOULNOIS, KEN HENSHAW
Wahlen in Nigeria – Ein Erfahrungsbericht
- 05/2011
GREGORY WILPERT
Zwölf Jahre Bolivarische Revolution

Abonnieren Sie unseren **E-Mail-Newsletter** mit Berichten aus Lateinamerika unter folgendem Link:
<http://lists.rosaluxemburgstiftung.de/mailman/listinfo/lateinamerika-info>
Oder senden Sie eine E-Mail an **gabbert@rosalux.de** mit dem Stichwort: «Newsletter-Abo».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
Redaktion: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127
Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de